

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 39/2023

28. September 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über die Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland vom 11. September 2023 1323

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Landeswahlleiters zu Mandaten des 7. Sächsischen Landtages vom 13. September 2023 1324

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Verleihung der sonstigen Bezeichnung „Hochschulstadt“ an die Stadt Zwickau vom 12. September 2023 1325

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen (VwV Anwärtersonderzuschlag BauStM – VwV AnwSZ BauStM) vom 12. September 2023 1326

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung von Heimatpflege und Laienmusik (FRL Heimatpflege/Laienmusik) vom 11. September 2023 1328

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren zur FRL Validierungsförderung EFRE 2021–2027 (Einzelprojekt-Modul) vom 13. September 2023 1330

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für die Landkreise Görlitz, Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und die Landeshauptstadt Dresden 1. Änderung der Allgemeinverfügung vom 19. Juli 2023 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen vom 13. September 2023 1333

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das Bauvorhaben „B 173, Verlegung in Flöha, 3. Planänderung“ vom 30. August 2023 1335

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Aufstellung von Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten Gz.: C45-8480/17/1 vom 4. September 2023 1337

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes, des Sächsischen Wassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung zur Erweiterung (1. Ausbaustufe) und zum Betrieb der mechanischen und biologischen Reinigungsstufen des Klärwerks Rosental Gz.: 41-8618/747/28 vom 31. August 2023 1338

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus dem Klärwerk Rosental und für die bauzeitliche Grundwasserhaltung Gz.: 41-8618/747/28 vom 31. August 2023 1340

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „CorBea H. Denkmale Meißen“ Gz.: 20-2245/725/1 vom 14. September 2023 1342

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Ver-
bandssatzung des Zweckverbandes Kriebsteintal-
sperre vom 15. August 2023 Gz.: 20-2217/183/1
vom 11. September 20231343

Verbandssatzung für den Zweckverband Krieb-
steintalsperre1343

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht
zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprü-
fung für das Vorhaben Tagebau Schlösselweglager,
Hammerunterwiesenthal (Marmor) – Erweiterung
HBP, Böschungssanierung nach § 5 Absatz 2 des
Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
vom 14. September 20231348

Sächsische Staatskanzlei
Bekanntmachung
der Sächsischen Staatskanzlei
über die Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 11. September 2023

Das Herrn Gisbert Dreyer erteilte Exequatur als Honorarkonsul von Burkina Faso in München mit dem Konsularbezirk Länder Bayern und Sachsen ist mit Ablauf des 31. August 2023 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung von Burkina Faso in München ist somit geschlossen.

Dresden, den 11. September 2023

Sächsische Staatskanzlei
Liebschner
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Landeswahlleiters zu Mandaten des 7. Sächsischen Landtages

Vom 13. September 2023

Durch Mandatsniederlegung des bisherigen Mitgliedes
des 7. Sächsischen Landtages,

Frau Kathleen Kuhfuß, GRÜNE,
Listenbewerberin Platz elf,

hat

Herr Markus Scholz (Landesliste GRÜNE, Platz 16)
mit Wirkung vom 14. September 2023

die Mitgliedschaft im 7. Sächsischen Landtag erworben.

Kamenz, den 13. September 2023

Martin Richter
Landeswahlleiter

Grundlage des vorstehenden Mandatswechsels ist das
nach der Mandatsniederlegung durchgeführte Verfahren
gemäß § 47 Absatz 1 in Verbindung mit §§ 41 Absatz 3, 44
Absatz 1 des Sächsischen Wahlgesetzes vom 11. August
2023 (SächsGVBl. S. 598).

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
zur Verleihung der sonstigen Bezeichnung
„Hochschulstadt“ an die Stadt Zwickau**

Vom 12. September 2023

Das Staatsministerium des Innern verleiht der Stadt Zwickau mit Wirkung vom 14. September 2023 die sonstige Bezeichnung „Hochschulstadt“ gemäß § 5 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Be-

kanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist.

Dresden, den 12. September 2023

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Jörg Weihe
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Gemeinsame Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen,
des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung
und des Sächsischen Staatsministeriums
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen
(VwV Anwärtersonderzuschlag BauStM –
VwV AnwSZ BauStM)

Vom 12. September 2023

Aufgrund von § 73 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Juli 2023 (SächsGVBl. S. 467) geändert worden ist, erlassen die Sächsischen Staatsministerien der Finanzen, für Regionalentwicklung und für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr folgende Verwaltungsvorschrift:

I.
Personenkreis

1. Der Anwärtersonderzuschlag kann Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Naturwissenschaft und Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt technischer Verwaltungsdienst in den Aufgabenbereichen Hochbau und Städtebau, Maschinenwesen und Elektrotechnik sowie Straßenwesen gewährt werden.
2. Der Anwärtersonderzuschlag kann Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Naturwissenschaft und Technik mit dem fachlichen Schwerpunkt technischer Verwaltungsdienst in den Aufgabenbereichen Architektur, Städtebau, Straßenwesen sowie Maschinen- und Elektrotechnik in der Verwaltung gewährt werden.
3. Der Anwärtersonderzuschlag darf nur gezahlt werden, wenn zum Zeitpunkt der Einstellung in den Vorbereitungsdienst ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht. Die Einstellungsbehörde dokumentiert im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zum Vorbereitungsdienst das Vorliegen des erheblichen Bewerbermangels im Sinne von Satz 1 in geeigneter Weise.
4. Der Zuschlag wird für die Dauer des gesamten Vorbereitungsdienstes gezahlt.

II.
Höhe des Anwärtersonderzuschlages

Der Anwärtersonderzuschlag beträgt monatlich 45 Prozent des zustehenden Anwärtergrundbetrages.

III.
Voraussetzungen für die Gewährung

Der Anwärtersonderzuschlag wird unter den Voraussetzungen gewährt, dass die Anwärterin oder der Anwärter

1. nicht vor Abschluss des Vorbereitungsdienstes oder wegen schulhaften Nichtbestehens der Laufbahnprüfung aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet und
2. mindestens fünf Jahre im Dienst des Freistaates Sachsen in der Laufbahn verbleibt, für die sie oder er die Befähigung erworben hat, oder, wenn das Beamtenverhältnis nach Bestehen der Laufbahnprüfung endet, in derselben Laufbahn in ein neues Dienst- beziehungsweise Arbeitsverhältnis zum Freistaat Sachsen für mindestens die gleiche Zeit eintritt. Dies gilt auch, wenn ein neues Dienst- oder Arbeitsverhältnis bei einer kommunalen Gebietskörperschaft im Freistaat Sachsen eingegangen wird, sofern ein öffentliches Interesse gegeben ist. Die Laufbahn bestimmt sich nach der Fachrichtung und dem fachlichen Schwerpunkt.

IV.
Rückforderung

Werden die in Ziffer III genannten Voraussetzungen aus Gründen nicht erfüllt, die die Beamtin oder der Beamte zu vertreten hat, ist der Anwärtersonderzuschlag in voller Höhe zurückzuzahlen. Der Rückzahlungspflicht unterliegt der Bruttobetrag. Der Rückforderungsbetrag vermindert sich für jedes nach Bestehen der Laufbahnprüfung abgeleistete volle Dienstjahr um jeweils ein Fünftel.

V.
Ergänzende Vorschriften

Ziffer II Nummer 73.2.1 bis 73.2.6 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Sächsischen Besoldungsgesetzes vom 17. November 2015 (SächsABl. SDr. 2016 S. S 2), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung, gilt entsprechend.

**VI.
Inkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Oktober 2023 in Kraft.

Dresden, den 12. September 2023

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Der Staatsminister für Regionalentwicklung
Thomas Schmidt

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung von Heimatpflege und Laienmusik (FRL Heimatpflege/Laienmusik)

Vom 11. September 2023

- 1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage**

Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie, nach §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S178), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen zur Förderung der Heimatpflege und Laienmusik. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 2. Gegenstand der Förderung**
 - 2.1 Heimatpflege**

Gefördert werden Projekte, die der ganzheitlichen sächsischen Heimatpflege (Sitten und Bräuche, Mundart, Kleidung, altes Handwerk und anderen Formen der Volkskultur, Musik, Tanz) dienen und sie erhalten oder Wissen über Heimatgeschichte und Heimatkunde vermitteln und verbreiten und eine Identifikation der Bürger mit ihrer sächsischen Heimat unterstützen.
 - 2.2 Laienmusik**

Gefördert werden Projekte von Laien-Chören, -Orchestern oder -Musikgruppen, die sich vorrangig der Pflege traditionellen Liedgutes oder traditioneller Instrumentalmusik widmen.
- 3. Zuwendungsempfänger**

Eine Zuwendung nach Nummer 2 können juristische Personen des öffentlichen Rechts, natürliche Personen oder gemeinnützige juristische Personen des Privatrechts mit Sitz im Freistaat Sachsen erhalten.
- 4. Zuwendungsvoraussetzungen**

Gewerbliche Vorhaben und solche, die der Gewinnerzielung dienen, werden nicht gefördert.
- 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**
 - 5.1** Die Zuwendung erfolgt im Rahmen der Projektförderung.
 - 5.2** Die Zuwendung wird als Teilfinanzierung mit einem festen Betrag gewährt (Festbetragsfinanzierung). Die zu bewilligende Zuwendung beträgt in der Regel bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Für Projekte von für den Freistaat Sachsen besonderer inhaltlicher Bedeutsamkeit und öffentlicher Ausstrahlung kann in Ausnahmefällen der Fördersatz bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen.
 - 5.3** Nummer 1.2 und Nummer 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie Nummer 7.5 der VVK finden keine Anwendung.
 - 5.4** Die Zuwendung wird als Zuschuss gewährt.
 - 5.5 Bemessungsgrundlage**
 - 5.5.1** Zuwendungsfähig sind ausschließlich projektbezogene Ausgaben, das sind Sachausgaben für Instrumente, Ausrüstungen, Arbeits- und Verbrauchsmaterial, sächliche Verwaltungsausgaben, Nutzungs- und Leihgebühren, Druckkosten und Honorare.
 - 5.5.2** Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere folgende Maßnahmen:
 - 5.5.2.1** Baumaßnahmen, die Renovierung und Erneuerung von Gebäuden und Räumen,
 - 5.5.2.2** Maßnahmen zur Pflege des Ortsbildes,
 - 5.5.2.3** Heimat-, Traditions- und Jubiläumsfeste mit ausschließlich lokalem Bezug,
 - 5.5.2.4** Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes,
 - 5.5.2.5** Unterhaltung von Heimatmuseen und Heimatstuben,
 - 5.5.2.6** Veranstaltungen und Maßnahmen zur Förderung des Wanderwesens,
 - 5.5.2.7** Studienreisen und Exkursionen,
 - 5.5.2.8** Pflege der Beziehungen zu deutschen Heimatgruppen im Ausland sowie die Arbeit von Gruppen sächsischer Heimatvereine, die in anderen Bundesländern tätig sind,
 - 5.5.2.9** Vorhaben, die vorwiegend der wissenschaftlichen Forschung dienen.
 - 5.5.3** Die anrechnungsfähige Honorarhöhe richtet sich nach der Qualifikation des Honorarempfängers, soll aber eine Obergrenze von 20 Euro pro Stunde nicht übersteigen. Personen, die auf Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (FRL „Wir für Sachsen“) vom 23. April 2018 (SächsABl. S. 618) Zuwendungen erhalten, können nicht für dieselbe Tätigkeit ein Honorar nach der vorliegenden Richtlinie erhalten.

- 5.5.4 Erhält der Träger der Maßnahme Zuwendungen für das zur Förderung vorgelegte Projekt aufgrund sonstiger Gesetze, Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften, so werden diese bei der Bestimmung der Höhe der nach dieser Förderrichtlinie gewährten Zuwendung angerechnet.
- 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen**
Fortlaufende Publikationen können nur gefördert werden, wenn sie ausschließlich heimatpflegerischen oder ausschließlich heimatgeschichtlichen Charakter haben.
- 7. Verfahren**
- 7.1 Antrags- und Bewilligungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen –
Adresse: Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz.
- 7.2 Die Anträge müssen bis zum 1. Februar des laufenden Haushaltsjahres bei der Bewilligungsbehörde eingegangen sein (Datum Posteingangsstempel der Bewilligungsbehörde).
- 7.3 Der Bewilligungszeitraum endet am 31. Dezember des laufenden Haushaltsjahres.
- 7.4 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.
- 7.5 Die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften erfolgt nach Vorlage des vollständigen Verwendungsnachweises im Erstattungsverfahren gemäß Nummer 7.4 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaats Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK), Anlage 3 zur VwV zu § 44 SÄHO.
- 7.6 Die Auszahlung der Zuwendung an juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme kommunaler Körperschaften, an natürliche Personen oder gemeinnützige juristische Personen des Privatrechts erfolgt im Rahmen des Vorauszahlungsverfahrens gemäß Nummer 7.5 VwV zu § 44 SÄHO.
- 7.7 Für Bewilligungen bis zum 31.12.2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Nummer 7.5 abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur VwV zu § 44 SÄHO (VVK) ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der VwV zu § 44 SÄHO Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungswecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 01.01.2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Nummer 7.5 das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.4 der Anlage 3 zur VwV zu § 44 SÄHO (VVK) Anwendung.
- 8. Vorzulegende Unterlagen**
- 8.1 Dem Antrag auf Projektförderung (Original mit Original-Unterschrift) müssen folgende Unterlagen beigelegt sein:
- 8.1.1 eine Projektbeschreibung,
- 8.1.2 ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan,
- 8.1.3 eine Stellungnahme des zuständigen Landkreises oder der Kreisfreien Stadt zum Projekt einschließlich des Ausschlusses nach Nummer 4 dieser Förderrichtlinie,
- 8.1.4 Zusagen über Zuwendungen und Leistungen Dritter,
- 8.1.5 bei Vereinen die Vereinssatzung, ein Auszug aus dem Vereinsregister und eine Gemeinnützigkeitsbescheinigung (nicht älter als 3 Jahre),
- 8.1.6 bei Antragstellern, die zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2886) geändert worden ist berechtigt sind, eine entsprechende Bescheinigung (nicht älter als 3 Jahre).
- 8.2 Eine Bearbeitung des Antrages ist nur möglich, wenn alle vorgenannten Unterlagen vollständig zum Antragsschluss vorliegen. Die Bewilligungsbehörde behält sich die Nachforderung weiterer Unterlagen zur Plausibilisierung der Angaben vor.
- 9. Inkrafttreten und Außerkrafttreten**
Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Förderrichtlinie Heimatpflege/Laienmusik vom 9. Januar 2020 (SächsABl. S. 64), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 3. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S 211) zum 30. Juni 2023 außer Kraft.

Dresden, den 11. September 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren zur FRL Validierungsförderung EFRE 2021–2027 (Einzelprojekt-Modul)

Vom 13. September 2023

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt mit diesem Aufruf Projekte zur Validierung von Forschungsergebnissen gemäß Ziffer II Nummer 1 Buchstabe b (Einzelprojekt-Modul) der FRL Validierungsförderung EFRE 2021–2027 vom 10. August 2020 (SächsABl. S. 991), die zuletzt durch die Richtlinie vom 30. Juni 2023 (SächsABl. S. 989) geändert worden ist, auszuwählen und zu fördern. Soweit in diesem Förderaufruf nichts Anderes ausgeführt wird, gelten die Bestimmungen der FRL Validierungsförderung EFRE 2021–2027.

Die Validierung von Forschungsergebnissen hat zum Ziel, das Innovationspotenzial vielversprechender Forschungsergebnisse zu prüfen, nachzuweisen und zu bewerten sowie mögliche Anwendungen zu erschließen. Eine erfolgreiche Validierung von Forschungsergebnissen erbringt den Nachweis über die Funktionsfähigkeit und die technische sowie wirtschaftliche Umsetzbarkeit dieser Ergebnisse.

Die Förderung ordnet sich ein in die Innovationsstrategie des Freistaates Sachsen und zielt auf die bestmögliche Ausschöpfung von Innovationspotenzialen unter Berücksichtigung der Technologie- und Branchenoffenheit und unter Nutzung unterschiedlicher Innovationspfade. Besondere Bedeutung wird dabei den Zukunftsfeldern Umwelt, Rohstoffe, Digitales, Energie, Mobilität und Gesundheit gewidmet.

Im Interesse einer besseren Planbarkeit und zur Erhöhung der Transparenz enthält dieser Aufruf mehrere inhaltsgleiche Wettbewerbsrunden mit verschiedenen Einreichungsfristen (Bewerbungsrunden).

I. Wer wird gefördert?

Zuwendungsempfänger können Hochschulen (Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften) und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit Sitz in Sachsen sein.

II. Was wird gefördert?

Gefördert werden Projekte zur Validierung von für eine wirtschaftliche Verwertung vielversprechenden Forschungsergebnissen mit einem Vorhabenzeitraum von bis zu 18 Monaten und förderfähigen Ausgaben/Kosten von bis zu 250 000 Euro (Validierungsprojekt).

Darüber hinaus können bei Einrichtungen, die nicht über eigene Möglichkeiten zur Unterstützung von Validierungsvorhaben verfügen (und die zum Beispiel nicht bereits im Rahmen des Programm-Moduls der Validierungsförderung

gefördert wurden) in der frühen Orientierungsphase Projekte zur Erkundung eines konkreten Anwendungsfeldes oder der Identifizierung von Anwendungsoptionen gefördert werden (Orientierungsvorhaben). Für Orientierungsvorhaben werden der Vorhabenzeitraum auf sechs Monate und die Zuschusssumme auf 15 000 Euro begrenzt.

III. Einschränkung der Beteiligung

Im Rahmen dieses Aufrufs wird die Anzahl zulässiger Anträge pro Forschungseinrichtung und pro Bewerbungsrunde wie folgt begrenzt:

- je Universität maximal sechs Projektskizzen,
- je Hochschule für angewandte Wissenschaften maximal vier Projektskizzen,
- je Helmholtz-Zentrum maximal drei Projektskizzen,
- je Max-Planck-Institut maximal zwei Projektskizzen,
- je Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft maximal zwei Projektskizzen,
- je landesfinanzierte Einrichtung¹ maximal eine Projektskizze,
- je Fraunhofer-Institut und -Einrichtung maximal eine Projektskizze,
- je gemeinnützige externe Industrieforschungseinrichtung maximal eine Projektskizze.

Sollte sich unter den Projektskizzen auch mindestens ein Orientierungsvorhaben befinden, so wird die Obergrenze der oben genannten insgesamt zulässigen Projektskizzen (Validierungsprojekte und Orientierungsvorhaben) um eine erhöht. Zulässig wären in diesem Falle also zum Beispiel bei einer Universität insgesamt sieben Projektskizzen, zum Beispiel vier Skizzen für Validierungsprojekte und drei für Orientierungsvorhaben. Sollte diese Universität jedoch bereits im Rahmen des Programm-Moduls der Validierungsförderung gefördert worden sein, kann diese keine Orientierungsvorhaben beantragen. Eine gemeinnützige externe Industrieforschungseinrichtung könnte zum Beispiel Skizzen für ein Validierungsprojekt und ein Orientierungsvorhaben oder zwei Skizzen für Orientierungsvorhaben einreichen.

Bewirbt sich eine Hochschule mit mehr als zwei Projektskizzen, sind diese koordiniert durch die zentrale Transferstelle mit einem hochschulinternen Ranking zu versehen. Allen anderen Forschungseinrichtungen mit mehr als einer Bewerbung steht es frei, ein internes Ranking an die Bewilligungsstelle zu übermitteln.

¹ Kurt-Schwabe-Institut für Mess- und Sensortechnik Meinsberg e. V., Barkhausen-Institut gGmbH, NaMLab gGmbH

Die Projektskizze muss von einer Person unterzeichnet sein, die dazu legitimiert ist, die Einrichtung nach außen zu vertreten. Diese ist auch verantwortlich, dass die Anzahl maximal einzureichender Projektskizzen pro Einrichtung nicht überschritten wird. Bei einer Überschreitung kann das Auswahlgremium entscheiden, alle Bewerbungen der Einrichtung vom Wettbewerb auszuschließen.

IV. Wie wird gefördert?

Je Forschungsergebnis wird nur ein Einzelprojekt-Modul gefördert. Bearbeiten mehrere Einrichtungen ein Forschungsergebnis in Kooperation, soll die Einrichtung den Antrag stellen, welche Inhaber der Rechte des Forschungsergebnisses ist. Diese kann weitere am Validierungsvorhaben beteiligte Forschungseinrichtungen in den Unterauftrag nehmen.

Die Förderung nach der Richtlinie Validierungsförderung erfolgt beihilfefrei, das heißt es sind ausschließlich nichtwirtschaftliche Tätigkeiten förderfähig. Die Vergabe von Fremdleistungen an Unternehmen ist zulässig. Auftragsforschung für Unternehmen sowie Kooperationsprojekte mit Unternehmen sind von der Förderung ausgeschlossen. Die im Rahmen von Validierungsprojekten erzielten Ergebnisse müssen frei zugänglich sein, das heißt es darf nicht zugunsten konkreter Unternehmen validiert werden.

Das Testen einer Technologie bei einem Unternehmen ist möglich, sofern das Unternehmen dadurch keinen bevorzugten Zugang zur Nutzung der Technologie erhält.

Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendung im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses. Für die Förderung werden EU-Strukturfondsmittel eingesetzt. Für jede einzelne Bewerbungsrunde kalkuliert das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit einem Fördermittelbudget von insgesamt 5 000 000 Euro.

Die Förderung beträgt 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben/Kosten.

V. Ablauf

Vor Antragstellung und Bewilligung der Zuwendung ist ein Wettbewerbsverfahren zu durchlaufen. Ein Anspruch auf Förderung entsteht daraus nicht.

Grundlage für die Förderentscheidung im Wettbewerbsverfahren sind die von den Interessenten einzureichenden Projektskizzen.

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) ist Bewilligungsstelle sowie Ansprechpartner für die Beratung und Antragstellung.

Projektskizzen sind bei der SAB online über das Förderportal der SAB einzureichen (www.sab.sachsen.de).

Die eingereichten Projektskizzen stehen untereinander im Wettbewerb. Über die Auswahl der Projektskizzen entscheidet ein Gremium unter Beteiligung von Vertretern des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und der SAB. Das Auswahlergebnis wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt. Im Falle einer positiven Entscheidung erfolgt die Aufforderung

zur Vorlage eines förmlichen Förderantrags, der die Projektskizze ergänzt.

Bei positiv abgeschlossenen Orientierungsvorhaben kann im Rahmen einer nächsten Bewerbungsrunde eine auf diesem Orientierungsvorhaben aufbauende Projektskizze für ein Validierungsprojekt eingereicht werden.

Während der Laufzeit der Projekte werden die Zuwendungsempfänger von der futureSAX GmbH durch Begleittreffen (Einzel- und Gruppenformate) dabei unterstützt, eine Verwertungsplanung für die Projekte zu erstellen und mögliche Verwertungs- und/oder Kooperationspartner zu identifizieren sowie Kontakte und Austausch auf der futureSAX-Plattform herzustellen. Anfallende Fahrt- beziehungsweise Reisekosten werden nicht erstattet.

VI. Fristen und Termine

Für diesen Aufruf werden die im folgenden genannten Termine für insgesamt sieben Bewerbungsrunden vorgegeben. Die Vorhaben sind im Falle einer Förderung in den zur jeweiligen Bewerbungsrunde genannten Vorhabenzeiträumen durchzuführen. Mit Orientierungsvorhaben soll innerhalb eines Monats nach dem genannten frühesten Vorhabenbeginn begonnen werden.

Die Frist zur Einreichung der Projektskizzen für die einzelnen Bewerbungsrunden beginnt mit dem in der Tabelle genannten Datum (frühestmöglich) und endet mit dem genannten Stichtag. Für den Stichtag zählt das Datum des Eingangs der vollständigen Unterlagen bei der Sächsischen Aufbaubank.

Runde	Einreichungsfrist		Vorhaben- beginn	Vorhaben- ende
	frühest- möglich	Stichtag	frühestens	spätestens
1	01.11.2023	01.12.2023	01.05.2024	30.11.2025
2	02.05.2024	31.05.2024	01.11.2024	31.05.2026
3	01.11.2024	02.12.2024	01.05.2025	30.11.2026
4	02.05.2025	02.06.2025	01.11.2025	31.05.2027
5	03.11.2025	01.12.2025	01.05.2026	30.11.2027
6	04.05.2026	01.06.2026	01.11.2026	31.05.2028
7	02.11.2026	01.12.2026	01.05.2027	30.11.2028

VII. Formerfordernis

Das Onlineportal der SAB enthält die Aufforderung, der Projektskizze als Anlage eine Projektbeschreibung beizufügen. Diese soll im Rahmen der Einreichung der Bewerbung als eigenständiges Dokument (zum Beispiel im WORD- oder im PDF-Format) in das Onlineportal der SAB hochgeladen werden. Die Projektbeschreibung darf einen Umfang von 8 Seiten A4 (inklusive Anlagen maximal 10 Seiten) nicht überschreiten und ist zwingend nach folgender Gliederung zu fertigen (Nichtbeachtung kann zum Förderausschluss führen):

Bei Orientierungsvorhaben bitte zu den folgenden Punkten 1 b), 1 c) und 2 b) die angestrebten Erkenntnisse sowie den zum Antragszeitpunkt vorhandenen Kenntnisstand angeben. Bei Ziffer 2 c) entfällt die Definition von Meilensteinen.

1. Nachweis der Fördervoraussetzungen

- a) Beschreibung des Funktionsnachweises für das zu validierende Forschungsergebnis, der die generelle technische Machbarkeit oder die Wirksamkeit des Verfahrens beziehungsweise der Methode belegt (proof of principle)
- b) Darstellung mindestens einer konkreten wirtschaftlich sinnvollen Anwendungsoption für die Nutzung des Forschungsergebnisses
- c) Darstellung der angestrebten Verwertungsform (zum Beispiel Übertragung oder Lizenzierung der Ergebnisse an bestehende Unternehmen, Ausgründungen (Start-up, Spin-off), Einbringung in ein gemeinsames FuE-Verbundprojekt mit finanzieller Beteiligung von Unternehmen)
- d) Darstellung des in das Projekt eingebundenen betriebswirtschaftlichen Sachverstands und der Marktexpertise für eine Bewertung von Zielkundengruppen, Marktgröße und Marktentwicklung, Wettbewerbern, Kosten und Preisgestaltung:
 - bei Mitgliedern des Projektteams personenkonkret
 - bei gegebenenfalls eingebundenen Externen/ Dienstleistern diese bitte konkret benennen
- e) Darstellung der schutzrechtlichen Sicherung (schutzrechtliche Sicherung der Forschungsergebnisse muss grundsätzlich geklärt sein, bereits bestehende Schutzrechte müssen dem Antragsteller die angestrebte Verwertung ermöglichen)

2. Projektdurchführung

- a) personenkonkrete Beschreibung der Kompetenzen der Mitglieder des Projektteams
- b) Definition der Validierungsziele, die erreicht werden sollen, damit sich Industrie, Wirtschaft, Gründer mit eigenen Ressourcen engagieren beziehungsweise der gesellschaftliche Nutzen erwiesen ist (spezifisch, messbar und terminiert)
- c) konkrete Darstellung der einzelnen Arbeitsschritte mit einem Überblick über den zeitlichen Ablauf (gegebenenfalls Balkenplan); Definition von mindestens einem Meilenstein mit Entscheidungskriterium zur Bewertung des Projektfortschritts (Terminierung des Meilensteins nicht später als zur Mitte der Projektlaufzeit)

3. Bedeutung des Projekts

- a) Innovationsgrad
Beschreibung des Forschungsergebnisses und dessen Einordnung in den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik: Welches Problem kann durch das Forschungsergebnis gelöst werden? Welche alternativen Ansätze/ Lösungen existieren? Was ist der Vorteil gegenüber anderen Lösungen?
- b) Erfolgsaussichten für Verwertung, Verwertungspotenzial, Wertschöpfungspotenzial
 - i Aussagen zum Stand der Forschung
Welche noch offenen Fragestellungen sind mit der Validierung zu beantworten?
Wie groß sind die wesentlichen technologischen und wissenschaftlichen Erfolgsrisiken?

Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass nach Abschluss der Validierung noch weiter FuE betrieben werden muss?

- ii Aussagen zu weitergehenden Planungen für den Fall, dass mit dem Validierungsvorhaben die angestrebten Ergebnisse erreicht wurden
 - iii Wie hoch wäre das potenzielle Marktvolumen? Welche wirtschaftlichen Risiken bestehen, zum Beispiel durch konkurrierende Lösungsansätze?
 - iv Könnte eine Verwertung zu neuer Wertschöpfung (neuen Märkten), zur Schließung einer Lücke oder zum Ausbau bestehender Wertschöpfungsketten führen?
- c) Alleinstellung
Sind nach dem Stand der Wissenschaft und Technik zum Zeitpunkt der Antragstellung weitere Lösungen bekannt für das Problem, das mit dem Forschungsergebnis gelöst werden soll?
 - d) Beitrag des Projekts zur Verbesserung von ökologischer Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft

VIII.**Bewertung**

Die eingegangenen Projektskizzen werden nach den folgenden Kriterien bewertet, wobei insgesamt bis zu 60 Wertungspunkte vergeben werden können:

- a) Innovationsgrad [10 Wertungspunkte möglich]
- b) Erfolgsaussichten für Verwertung, Verwertungspotenzial, Wertschöpfungspotenzial
[24 Wertungspunkte insgesamt, davon gemäß Ziffer VI. Nummer 3 Buchstabe b Punkt i: 8, Punkt ii: 8, Punkt iii: 4 und Punkt iv: 4 Wertungspunkte]
- c) Alleinstellung [5 Wertungspunkte]
- d) Beitrag des Projekts zur Verbesserung von ökologischer Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Klimaanpassung, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft [8 Wertungspunkte]
- e) Einbindung betriebswirtschaftlicher Expertise [8 Wertungspunkte]
- f) Kompetenzen der Mitglieder des Projektteams [5 Wertungspunkte]

IX.**Änderungsvorbehalt**

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr plant die Durchführung von sieben Bewerbungsrunden zu den unter Ziffer VI genannten Terminen zu den in diesem Aufruf genannten Kriterien. Für den Fall, dass es im Zeitablauf zu bedeutenden Änderungen der Rahmenbedingungen kommt, behält sich das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vor, einzelne Bewerbungsrunden zu streichen oder die Kriterien für diese zu ändern. Hierüber wird rechtzeitig auf den Internetseiten der SAB informiert.

Dresden, den 13. September 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Hempel
Referatsleiterin
Referat 37 Technologie

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für die Landkreise Görlitz, Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz- Osterzgebirge und die Landeshauptstadt Dresden

1. Änderung der Allgemeinverfügung vom 19. Juli 2023 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen

Vom 13. September 2023

Hinweis:

Die 1. Änderung der Allgemeinverfügung zur Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen vom 19. Juli 2023 beinhaltet die Aufnahme einer Ausnahmegenehmigung zum Verbot der Auslauf- und Freilandhaltung von Schweinen in Nummer 6a.

Die weiteren Anordnungen der Allgemeinverfügung vom 19. Juli 2023 bleiben unverändert bestehen.

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

1. Änderung der Allgemeinverfügung vom 19. Juli 2023 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen

Auf Grund der Feststellung des Ausbruches der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen im Freistaat Sachsen werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

1. Nummer 6a der Allgemeinverfügung vom 19. Juli 2023 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen (Gz. 25-5133/125/48) zum Verbot der Auslauf- und Freilandhaltung von Schweinen wird wie folgt geändert:
 - a) In der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) sind Auslauf- und Freilandhaltung von Schweinen verboten. Auf Antrag des Tierhalters können durch das örtlich zuständige Landratsamt/die Landeshauptstadt Dresden Ausnahmen von diesem Verbot gewährt werden. Die Ausnahmegenehmigung ist an folgende Bedingungen gebunden:
 - i. Die Anforderungen der Schweinehaltungshygieneverordnung (SchHaltHygV) werden eingehalten.
 - ii. Das örtlich zuständige Landratsamt/die Landeshauptstadt Dresden hat eine Einschätzung des individuellen betrieblichen Risikos vorgenommen.

- iii. Auf Basis der Einschätzung des individuellen betrieblichen Risikos angeordnete weitere Biosicherheitsmaßnahmen werden eingehalten.

2. Die weiteren Regelungen der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 19. Juli 2023 zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) Festlegung der Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) und weitere Anordnungen (Gz. 25-5133/125/48) bleiben unberührt.
3. Diese Änderung zur Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter: Startseite | Das Bekanntmachungsportal der Landesdirektion Sachsen verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter Startseite | Das Bekanntmachungsportal der Landesdirektion Sachsen auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.
4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Änderung der Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5

Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Dresden, den 13. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Dr. Richter
Referatsleiter Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das Bauvorhaben „B 173, Verlegung in Flöha, 3. Planänderung“

Vom 30. August 2023

I.

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 29. August 2023, Gz.: 32-0522/413/15 ist der Plan für das oben genannte Vorhaben gemäß § 17 Satz 1 des Bundesfernstraßengesetzes und § 74 Absatz 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes festgestellt worden

seite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> in der Rubrik „Infrastruktur“ eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

II.

1. Da es sich um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt, ist gemäß § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Entscheidung über das Vorhaben öffentlich bekannt zu machen.
2. Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit

**vom 9. Oktober 2023
bis einschließlich 23. Oktober 2023**

bei folgenden Städten und Gemeinden:
in der Stadtverwaltung Flöha, 3. Etage – Zimmer 3.04,
Augustusburger Straße 90, 09557 Flöha
Montag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Dienstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch 9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Donnerstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Freitag 9:00–12:00 Uhr
in der Gemeindeverwaltung Leubsdorf, Sekretariat,
Marbacher Str. 2, 09573 Leubsdorf,
Montag 9:00–12:00 Uhr
Dienstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch 9:00–12:00 Uhr
Donnerstag 9:00–12:00 Uhr und 13:00–16:00 Uhr
Freitag 9:00–12:00 Uhr
während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

3. Der Planfeststellungsbeschluss wird denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).
4. Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit Ende der Auslegungsfrist allen übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).
5. Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen bei der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz schriftlich angefordert werden.
6. Zusätzlich können der Planfeststellungsbeschluss und die planfestgestellten Planunterlagen auf der Internet-

III.

Gegenstand des Vorhabens

Gegenstand der vorliegenden Planfeststellung ist der 2. Bauabschnitt des Neubaus der B 173 zwischen der Verknüpfung mit der Staatsstraße 223 am südwestlichen Stadtrand von Flöha und der Ortslage Falkenau mit Querung der DB-AG-Strecken Dresden–Werdau und Flöha–Reitzenhain. Gegenstand ist außerdem die Querung der Flöha und des Mühlgrabens sowie der Dorfstraße im Zuge einer Talbrücke. Die Länge der Talbrücke beträgt circa 575 m. Die Baulänge des 2. Bauabschnittes beträgt 1 720 m. Die befestigte Fahrbahnbreite des 2. Bauabschnittes beträgt 8 m.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Dem Träger der Straßenbaulast wurden Auflagen erteilt.

Die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

IV.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich Klage beim Bundesverwaltungsgericht, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig (Postanschrift: Bundesverwaltungsgericht, Postfach 10 08 54 Leipzig), erhoben werden. Die Klage kann auch elektronisch erhoben werden nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach

Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Der Kläger muss sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigte dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 in Verbindung mit Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen einen Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses gestellt und begründet werden.

Chemnitz, den 30. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Kraushaar
Präsidentin

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014
Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Aufstellung
von Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten**

**Gz.: C45-8480/17/1
Vom 4. September 2023**

Die Landesdirektion Sachsen macht im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft folgendes bekannt:

Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 35), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/968 (ABl. L 174 vom 10.7.2018, S. 5) geändert worden ist, sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten in ihrem Hoheitsgebiet gegen die weit verbreiteten invasiven gebietsfremden Arten der Liste von unionsweiter Bedeutung (Unionsliste) gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2016/1141 der Kommission vom 13. Juli 2016 (ABl. L 189 vom 14.7.2016, S. 4), die zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1203 der Kommission vom 12. Juli 2022 (ABl. L 186 vom 13.7.2022, S. 10) zum Zwecke der Aktualisierung geändert worden ist, innerhalb von 18 Monaten nach Listung über wirksame Managementmaßnahmen verfügen müssen.

Gemäß § 40e des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, sind nach Maßgabe des Artikels 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 gegen die in der Unionsliste und in deren Aktualisierungen benannten in Deutschland weit verbreiteten invasiven gebietsfremden Arten wirksame Managementmaßnahmen festzulegen. Auf Grund von Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 ist zu den jeweils geplanten Managementmaßnahmen gemäß § 40f Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 42 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, vorab eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Das Vorblatt zu den Managementmaßnahmenblättern für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung gemäß Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die Tabelle des Bundesamtes für Naturschutz mit der Einstufung der Arten der dritten Aktualisierung der Unionsliste zur Anwendung der Artikel 16 und 19 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, die Entwürfe der Managementmaßnahmenblätter für den Schwarzen Zwergwels (*Ameiurus melas*) und den Flieder-Knöterich (*Koenigia polystachya*) als in Deutschland weit verbreitete invasive gebietsfremde Arten der dritten Aktualisierung der Unionsliste gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2022/1203 der Kommission vom 12. Juli 2022 (ABl. L 186 vom 13.7.2022, S. 10) sowie der

landesspezifische Teil zur Verbreitung dieser Arten in Sachsen liegen in der Zeit vom

9. Oktober 2023 bis einschließlich 9. November 2023

in der Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz zur kostenlosen Einsichtnahme durch jedermann aus und können in den nachgenannten Dienststellen während der angegebenen Dienstzeiten eingesehen werden:

- Dienststelle Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, Raum 517, Telefonnummer 0341 977 4511,
- Dienststelle Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Raum 3076, Telefonnummer 0351 825 4502,
- Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Raum 432, Telefonnummer 0341 977 4511

Dienstzeiten

Montag bis Mittwoch	9 bis 15 Uhr
Donnerstag	9 bis 16 Uhr
Freitag	9 bis 12 Uhr

Vor der Einsichtnahme bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der oben genannten Telefonnummer der jeweiligen Dienststelle der Landesdirektion Sachsen.

Zusätzlich wird **vom 9. Oktober 2023 bis zum Ende der Anhörungsfrist am 11. Dezember 2023** auf der gemeinsamen Plattform der Bundesländer über den Link <https://www.anhoerungsportal.de> ein öffentlicher Zugang zu einem Anhörungsportal eröffnet, auf dem die ausgelegten Dokumente eingesehen und abgerufen werden können. **Bei der Nutzung des Portals besteht die Möglichkeit, während dieses Zeitraums Stellungnahmen ausschließlich elektronisch abzugeben.**

Alternativ können Sie **vom 9. Oktober 2023 bis zum Ende der Anhörungsfrist am 11. Dezember 2023 Stellungnahmen schriftlich an die Landesdirektion Sachsen, Referat 45 Naturschutz, Landschaftspflege, 09105 Chemnitz** richten. Bitte verwenden Sie für Ihre Stellungnahmen vorzugsweise das Anhörungsportal.

Nach dem 11. Dezember 2023 eingehende Stellungnahmen können unberücksichtigt bleiben.

Diese Bekanntmachung und die zur Einsichtnahme ausgelegten Dokumente sind während des oben genannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lids.sachsen.de/datenschutz.

Dresden, den 4. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes,
des Sächsischen Wassergesetzes
und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
über die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung
zur Erweiterung (1. Ausbaustufe) und zum Betrieb der mechanischen
und biologischen Reinigungsstufen des Klärwerks Rosental**

Gz.: 41-8618/747/28

Vom 31. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, mit Datum vom 31. August 2023 eine wasserrechtliche Genehmigung zur Erweiterung (1. Ausbaustufe) und zum Betrieb der mechanischen und biologischen Reinigungsstufen des Klärwerks Rosental mit folgendem verfügenden Teil erteilt:

„1. Wasserrechtliche Genehmigung

1.1 Die Entscheidung des Regierungspräsidiums Leipzig vom 17. Mai 1999 (Az.: 62-8951.41), zuletzt geändert mit Entscheidung der Landesdirektion Sachsen vom 26. Juni 2013 (Az.: L41-8951.40/5/12) wird wie folgt geändert:

Der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (im Folgenden: KWL), Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr. Ulrich Meyer und Frau Kerstin Schultheiß, wird auf Antrag vom 7. Mai 2019, zuletzt ergänzt durch überarbeitete Unterlagen vom 28. Juni 2021 die wasserrechtliche Genehmigung gemäß § 60 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 WHG zur Erweiterung (1. Ausbaustufe) und zum Betrieb der mechanischen und biologischen Reinigungsstufen des Klärwerks Rosental nach Maßgabe der unter den Ziffern II und III benannten Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie der unter Ziffer IV. benannten Antragsunterlagen erteilt.

1.2 Sofern mit dieser Entscheidung keine abweichenden Regelungen getroffen wurden, gilt im Übrigen die Entscheidung des Regierungspräsidiums Leipzig vom 17. Mai 1999 (Az.: 62-8951.41), zuletzt geändert mit Entscheidung der Landesdirektion Sachsen vom 26. Juni 2013 (Az.: L41-8951.40/5/12) für die nicht von Ziffer I.1 umfassten Anlagenbestandteile fort.

2. Befreiung vom Bebauungsverbot im Überschwemmungsgebiet

Der KWL, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr. Ulrich Meyer und Frau Kerstin Schultheiß, wird auf Antrag vom 7. Mai 2019, zuletzt ergänzt durch überarbeitete Unterlagen von 28. Juni 2021, die Befreiung vom Bebauungsverbot im Überschwemmungsgebiet gemäß § 78 Abs. 4 und § 78a Abs. 2 WHG für die Errichtung der Bauwerke für die unter der Ziffer II.1.3 benannten Anlagen (1. Ausbaustufe) erteilt.

3. Der KWL, Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr. Ulrich Meyer

und Frau Kerstin Schultheiß, wird nach Maßgabe der unter den Ziffern II und III benannten Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie der unter Ziffer IV benannten Antragsunterlagen für nachfolgende Anlagen eine Einigungsfeststellung erteilt:

- 3.1. Anlage zum Abfüllen und Lagern (LAU-Anlage) von Fällmittel FeClSO₄ in doppelwandigen Lagertanks mit dazugehörigem Abfüllplatz und Befüllschrank für Fällmittel, verbindende Rohrleitungen und Sicherheitseinrichtungen sowie Lagerung von polymeren Flockungsmitteln der WGK 1 in IBCs über Auffangwannen,
 - 3.2. Dosierstation für Fällmittel und Flockungsmittel inklusive der Rohrleitungen, Armaturen und Sicherheitseinrichtungen von den Lagertanks/IBC zur Dosierstation und den anschließenden unterirdischen Rohrleitungen zu den unterschiedlichen Einsatzorten (HBV-Anlage),
 - 3.3. die neu zu errichtende Dosierstation für die externe Kohlenstoffquelle zur geplanten Versorgung der Biologie E wird der bestehenden Dosieranlage für eine externe Kohlenstoffquelle zur Versorgung der Biologie D zugeordnet (HBV-Anlage),
 - 3.4. Änderungen an der Entwässerung des Abfüllplatzes für die Kohlenstoffquelle (LAU-Anlage),
 - 3.5. Umsetzung des Kalksilos mit Alkaliendosierstation an neuen Standort.
4. Für die Ziffern I.1 bis I.3 dieser Entscheidung wird die sofortige Vollziehung angeordnet“

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitz-er Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, eingelegt werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Abs. 5 des De-Mail-Gesetzes ersetzt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Inhalts- und Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung und der Rechtsbehelfsbelehrung liegt in der Zeit von

**Montag, den 9. Oktober 2023 bis einschließlich
Montag, den 23. Oktober 2023,**

in der Stadt Leipzig, Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4–6, 04109 Leipzig, Zimmer 498

während der Dienststunden:

Montag: 8:00–15:00 Uhr

Dienstag: 8:00–16:00 Uhr

Mittwoch: 8:00–15:00 Uhr

Donnerstag: 8:00–16:00 Uhr

Freitag: 8:00–12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Die Auslegung wird ortsüblich bekannt gemacht.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 9 Absatz 2 des des Gesetzes über die Umweltverträglichkeits-

prüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298), in Verbindung mit § 74 Absatz 5 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, unter folgendem Hinweis:

Der Genehmigungsbescheid enthält mehrere Inhalts- und Nebenbestimmungen.

Die Bekanntmachung ist einschließlich des Genehmigungsbescheides sowie der Begründung und der Rechtsbehelfsbelehrung während des vorgenannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Wasserwirtschaft sowie unter <http://www.uvp-verbund.de> (UVP-Portal) einsehbar. Maßgeblich ist allerdings die Auslegung des Genehmigungsbescheides.

Leipzig, den 31. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Pabst
Referatsleiter

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus dem Klärwerk Rosental und für die bauzeitliche Grundwasserhaltung

Gz.: 41-8618/747/28

Vom 31. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, mit Bescheid vom 31. August 2023 (Gz.: 41-8618/747/26-2022/1819873) auf der Grundlage der §§ 8, 11 Absatz 1, § 57 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist, in Verbindung mit § 6 Absatz 3 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, die wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus dem Klärwerk Rosental sowie die wasserrechtliche Erlaubnis für die bauzeitliche Grundwasserhaltung erteilt.

Der Bescheid hat folgenden verfügenden Teil:

- „1. Unter Aufhebung der wasserrechtlichen Erlaubnis des Regierungspräsidiums Leipzig vom 17. Mai 1999 (Az.: 62-8951.41), zuletzt geändert durch Entscheidung der Landesdirektion Sachsen vom 26. November 2013 (Az.: L41-8951.50/5/17), wird der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (im Folgenden: KWL), Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr. Ulrich Meyer und Frau Kerstin Schultheiß, auf Antrag vom 7. Mai 2019, zuletzt ergänzt durch überarbeitete Unterlagen von 28. Juni 2021, **die wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG** zur Einleitung von gereinigtem Abwasser aus dem Klärwerk Rosental in die Neue Luppe nach Maßgabe der unter den Ziffern II und III genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie der unter Ziffer IV benannten Antragsunterlagen erteilt.
2. Der KWL, Johannissgasse 7/9, 04103 Leipzig, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr. Ulrich Meyer und Frau Kerstin Schultheiß, wird auf Antrag vom 7. Mai 2019, zuletzt ergänzt durch überarbeitete Unterlagen von 28. Juni 2021, **die wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 WHG** nach Maßgabe der unter den Ziffern II und III genannten Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie der unter Ziffer IV benannten Antragsunterlagen, wie folgt erteilt:

- 2.1 Zum vorübergehenden Absenken des Grundwasserspiegels im Grundwasserleiter GWL 1.0/1.1 werden folgende Absenckziele festgesetzt:

Bauwerke/Anlagen	Absenckziel m NN
2.1.1 Belebungsbecken E	100,00
2.1.2 Belebungsbecken E	101,10
2.1.3 Verteilerkammer	99,65
2.1.4 Schacht am BB-F	101,68
2.1.5 Verdichterstation	102,50
2.1.6 I – Abwasserverteiler zu BB-E	101,50
2.1.7 II – Abwasserverteiler zu BB-F	100,90
2.1.8 VI – Ablauf BB-D zu BB-E	101,50
2.1.9 IX – RS BB-E BioP	101,50
2.1.10 XII – Schacht am BB-F zu Bestand, Ablauf NKB	102,00
2.1.11 Entlastungskanal DN 2500	100,50

- 2.2. Zur anteiligen Infiltration des geförderten Grundwassers über mindestens fünf außerhalb und zwei innerhalb des Klärwerks Rosental befindliche Brunnen.

- 2.3. Zur Einleitung des geförderten Grundwassers in den Zulauf des Klärwerks Rosental und somit in die Einleitstelle der Kläranlage in die neue Luppe.

- 2.4. Die wasserrechtliche Erlaubnis nach Ziffer I.2 wird wie folgt befristet:

Bauwerke/Anlagen	Dauer
zu Ziffer I 2.1.1 Belebungsbecken E	300 d
zu Ziffer I 2.1.2 Belebungsbecken E	180 d
zu Ziffer I 2.1.3 Verteilerkammer	180 d
zu Ziffer I 2.1.4 Schacht am BB-F	120 d
zu Ziffer I 2.1.5 Verdichterstation	210 d
zu Ziffer I 2.1.6 I – Abwasserverteiler zu BB-E	180 d
zu Ziffer I 2.1.7 II – Abwasserverteiler zu BB-F	120 d
zu Ziffer I 2.1.8 VI – Ablauf BB-D zu BB-E	180 d
zu Ziffer I 2.1.9 IX – RS BB-E BioP	150 d
zu Ziffer I 2.1.10 XII – Schacht am BB-F zu Bestand, Ablauf NKB	180 d
zu Ziffer I 2.1.11 Entlastungskanal DN 2500	100 d

3. Für die Ziffern I.1 und I.2 dieser Entscheidung wird die sofortige Vollziehung angeordnet.“

Der Bescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zu Protokoll des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts oder elektronisch Klage beim Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, erhoben werden. Wird die Klage elektronisch erhoben, gelten die Maßgaben der §§ 55a und 55d der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) sowie der Elektronischer Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV) vom 24. November 2018 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.“

Der Bescheid mit den getroffenen Inhalts- und Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung liegt in der Zeit von

**Montag, den 9. Oktober 2023
bis einschließlich Montag, den 23. Oktober 2023**

**in der Stadt Leipzig, Neues Rathaus,
Martin-Luther-Ring 4–6, 04109 Leipzig, Zimmer 498**

während der Dienstzeiten:

Montag: 8:00 Uhr–15:00 Uhr

Dienstag: 8:00 Uhr–16:00 Uhr

Mittwoch: 8:00 Uhr–15:00 Uhr

Donnerstag: 8:00 Uhr–16:00 Uhr

Freitag: 8:00 Uhr–12:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Die Auslegung wird ortsüblich bekannt gemacht.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 11 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes

vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist, § 9 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298), in Verbindung mit § 74 Absatz 5 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, unter folgendem Hinweis:

Der Erlaubnisbescheid enthält mehrere Inhalts- und Nebenbestimmungen.

Die Bekanntmachung ist einschließlich des Erlaubnisbescheides sowie der Begründung und der Rechtsbehelfsbelehrung während des vorgenannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Wasserwirtschaft sowie unter <http://www.uvp-verbund.de> (UVP-Portal) einsehbar.

Leipzig, den 31. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Pabst
Referatsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Entstehung der Stiftung „CorBea H. Denkmale Meißen“**

Gz.: 20-2245/725/1

Vom 14. September 2023

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 9. September 2023 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 5. September 2023 durch Frau Beatrix Heykeröth und Herrn Corte Harmjanz errichtete Stiftung „CorBea H. Denkmale Meißen“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Meißen entstanden.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbe-

günstigte Zwecke“ der Abgabenordnung, nämlich die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, von Kunst und Kultur, der Ortsverschönerung sowie der Unterhaltung und Pflege von Friedhöfen.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 14. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Rossmann
Abteilungsleiter

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kriebsteintalsperre vom 15. August 2023

Gz.: 20-2217/183/1

Vom 11. September 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 6. September 2023 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung am 15. August 2023 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kriebsteintalsperre genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 11. September 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
In Stellvertretung des Referatsleiters Kommunalwesen

Verbandssatzung für den Zweckverband Kriebsteintalsperre

Gemäß § 61 Abs. 1 i. V. m. § 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kriebsteintalsperre am 15. August 2023 die Neufassung der Verbandssatzung in der nachfolgenden Fassung beschlossen.

§ 1

Name, Rechtsform und Sitz

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Kriebsteintalsperre“.

(2) Der Zweckverband Kriebsteintalsperre ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(3) Der Zweckverband hat seinen Sitz in 09648 Kriebstein, An der Talsperre 1. Seine Geschäftsstelle befindet sich am Sitz des Zweckverbandes.

§ 2

Verbandsmitglieder und Verbandsgebiet

(1) Verbandsmitglieder sind:

- Große Kreisstadt Mittweida
- Landkreis Mittelsachsen
- Gemeinde Kriebstein

(2) Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst das Gebiet der Talsperre Kriebstein (siehe Anlage).

§ 3

Verbandsaufgaben

(1) Aufgaben des Zweckverbandes sind:

- a) die Förderung des Tourismus, dabei soll der Verband insbesondere
 - zweckdienliche Einrichtungen fördern
 - den Tourismus auf dem Gebiet der Mitgliedsgemeinden organisieren und koordinieren
 - die Vermarktung der Destination Talsperre Kriebstein nach innen und außen betreiben
 - für das Tourismusgewerbe beratend tätig sein
- b) die Gestaltung der Rechtsbeziehung mit den verschiedenen Eigentümern im Talsperrengebiet
- c) die Bewirtschaftung und Betreibung der drei Campingplätze Kriebstein, Lauenhain, Mittweidaer Aue, des Besucherzentrums in Kriebstein, des Objekts „Talgut Lauenhain“ sowie der Seebühne

- d) die Unterhaltung und Durchführung der Fahrgastschiffahrt einschließlich der Personenfähren
- e) die Bewirtschaftung der sich im Eigentum befindlichen Parkplätze
- f) die Unterhaltung der im Eigentum des Zweckverbandes Kriebsteintalsperre befindlichen Wege, Straßen und Plätze
- g) vertragliche Gestaltung der Uferstreifenpachtverträge
- h) Unterhaltung, Erneuerung und Ausbau der im Eigentum des Zweckverbandes stehenden oder im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages genutzten Immobilien

(2) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung der Aufgaben Dritter bedienen.

§ 4 Verbandsorgane

(1) Die Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsversammlung
- der Verbandsvorsitzende

(2) Die Zuständigkeit der Verbandsorgane richtet sich nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Sächs-KomZG, soweit die Verbandssatzung nichts Abweichendes regelt.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes. Die Große Kreisstadt Mittweida und die Gemeinde Kriebstein werden in der Verbandsversammlung durch den Bürgermeister und der Landkreis Mittelsachsen durch den Landrat vertreten, sofern nicht auf deren Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(2) Die Stimmverteilung in der Verbandsversammlung ist wie folgt festgelegt:

Große Kreisstadt Mittweida	4 Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	3 Stimmen
Gemeinde Kriebstein	3 Stimmen

Die Vertreter der Verbandsmitglieder haben Stimmrecht entsprechend der Stimmenverteilung. Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes werden nach § 52 Abs. 1 Satz 4 Sächs-KomZG einheitlich durch dessen Vertreter abgegeben.

§ 6 Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden durch schriftliche Einladung oder in elektronischer Form unter Angabe von Zeit und Ort der Sitzungen sowie der Tagesordnung einberufen. Die für die Beratung erforderlichen Unterlagen sind beizufügen. Die Einberufung hat in angemessener Frist, mindestens jedoch 14 Tage vor dem Sitzungstermin zu erfolgen. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

(2) Die Verbandsversammlung ist mindestens zwei Mal im Jahr einzuberufen. Weitere ordentliche Sitzungen beruft der Verbandsvorsitzende ein, wenn es die Geschäftslage erfordert. Eine außerordentliche Sitzung ist einzuberufen,

wenn es ein Verbandsmitglied unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt und die Verbandsversammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand nicht innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert hat.

(3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern.

§ 7 Geschäftsgang und Beschlussfassung der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende eröffnet und schließt die Sitzungen und leitet die Verhandlung der Verbandsversammlung.

(2) Die Verbandsversammlung kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden, ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

(3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

(4) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit gesetzlich oder durch die Verbandssatzung keine anderen Mehrheiten geregelt sind. Es wird offen abgestimmt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag bzw. Beschlussgegenstand abgelehnt. Stimmenthaltungen werden für die Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt. Beschlüsse über die Umlagen und den Wirtschaftsplan bedürfen mindestens 3/4 der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsmitglieder.

(5) Wahlen werden geheim mit Stimmzettel vorgenommen. Es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt, bei der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, findet im Fall des Satzes 4 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

(6) Über die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift gemäß § 40 SächsGemO zu fertigen, die elektronische Form ist ausgeschlossen.

§ 8 Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle dem Zweckverband Kriebsteintalsperre übertragenen Aufgaben, soweit nicht der Verbandsvorsitzende zuständig ist.

Die Verbandsversammlung beschließt ferner über:

- a) wesentliche Änderungen und wesentliche Erweiterungen der Aufgaben des Zweckverbandes

- b) den Erlass der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses des Zweckverbandes und die Verwendung des Jahresergebnisses sowie über die Entlastung des Verbandsvorsitzenden und des Geschäftsführers
- d) die Haushaltssatzung des Zweckverbandes und die Festsetzung von Umlagen und Kapitaleinlagen
- e) Entscheidungen zu Liegenschaften und Immobilien
- f) Neuaufnahme von Mitgliedern
- g) den Beitritt bzw. die Beteiligung des Verbandes an anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, privatrechtlichen Gesellschaften oder Vereinen
- h) die Beendigung der Mitgliedschaft einzelner Verbandsmitglieder und die Auflösung des Zweckverbandes
- i) die Zustimmung zur Verfügung und die Aufnahme von Krediten, soweit die Wertgrenzen des § 10 Abs. 3 überschritten sind
- j) Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen
- k) die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers als Bediensteter nach Maßgabe des § 28 Abs. 4 Satz 1 und 2 SächsGemO.
- d) Erwerb und Veräußerung von Grundstücken grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 10.000 EUR im Einzelfall
- e) Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu einem Wert von 15.000 EUR
- f) Erlass von Ansprüchen und Niederschlagung von Forderungen des Zweckverbandes bis zu einem Wert von 1.000 EUR im Einzelfall
- g) die Stundung von Forderungen bis zu einem Wert von 5.000 EUR im Einzelfall und bis zu einem Jahr
- h) Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 20.000 EUR
- i) die Führung von Rechtsstreitigkeiten und der Abschluss von Vergleichen, wenn im Einzelfall der Streitwert 20.000 EUR oder bei Vergleich das Zugeständnis des Zweckverbandes 10.000 EUR nicht übersteigt
- j) die Entscheidung über die Anstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten im Rahmen des Stellenplanes mit Ausnahme des Geschäftsführers.

§ 9

Verbandsvorsitzender und Stellvertreter

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus der Mitte der gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 entsandten Vertreter den Verbandsvorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter. Im Verhinderungsfall des Verbandsvorsitzenden übernimmt der Stellvertreter die Aufgaben des Verbandsvorsitzenden.

(2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes für die Dauer dieses Amtes gewählt. Nach Ende seines Wahlamtes führt der Verbandsvorsitzende die Geschäfte bis zum Amtsantritt des neuen Verbandsvorsitzenden weiter. Scheidet der Verbandsvorsitzende oder sein Stellvertreter vorzeitig aus dem kommunalen Amt aus, wählt die Verbandsversammlung einen neuen Verbandsvorsitzenden oder einen neuen Stellvertreter.

§ 10

Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband in allen Angelegenheiten.

(2) Der Verbandsvorsitzende bereitet die Verbandsversammlung vor, leitet diese und vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

(3) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

- a) die Aufnahme von Krediten im Rahmen des in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrages;
- b) die Bewirtschaftung der Mittel und die Vergabe von Aufträgen im Vollzug des Wirtschaftsplanes
 - bei freihändiger Vergabe bis zu einem Vergabewert von 25.000 EUR
 - bei einer beschränkten Ausschreibung bis zu einem Vergabewert von 50.000 EUR
 - bei einer öffentlichen Ausschreibung bis zu einem Vergabewert von 50.000 EUR
- c) Entscheidung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Wert von 20.000 EUR im Einzelfall

(4) In dringenden Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Verbandsversammlung fallen und deren Erledigung nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(5) Der Verbandsvorsitzende kann die Geschäfte der laufenden Verwaltung Bediensteten des Zweckverbandes übertragen.

§ 11

Geschäftsstelle und Bedienstete

(1) Zur Erledigung der Verbandsaufgaben unterhält der Zweckverband eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle führt die Verwaltungsgeschäfte für den Verband nach Weisung des Verbandsvorsitzenden.

(2) Die Geschäftsstelle wird vom Geschäftsführer geleitet. Der Geschäftsführer ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung und an die Anweisungen des Verbandsvorsitzenden gebunden. Er unterstützt den Verbandsvorsitzenden bei der Vorbereitung der Sitzungen der Verbandsversammlung und nimmt beratend daran teil.

(3) Der Zweckverband kann für die Erledigung seiner Aufgaben weitere hauptamtliche Bedienstete sowie nebenamtliche oder ehrenamtliche Bedienstete einstellen.

§ 12

Wirtschaftsführung und Prüfungswesen

(1) Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG entsprechende Anwendung.

(2) Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 13

Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband erhebt von den Benutzern der von ihm betriebenen Einrichtungen und für die von ihm er-

brachten Leistungen privatrechtliche Entgelte. Diese werden in der jährlich zu beschließenden „Entgeltordnung“ durch die Versammlung festgelegt. Ziel der Festlegung ist die Deckung der Kosten des Zweckverbandes ohne Erhebung einer Betriebskostenumlage.

(2) Soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt er von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage getrennt für laufende Zwecke und zur Stärkung des Eigenkapitals. Der Zweckverband kann Kredite aufnehmen. Der Zweckverband kann darüber hinaus mit seinen Verbandsmitgliedern eine Kapitaleinlage als Einmalzahlung oder in jährlichen Raten vereinbaren. Der Beschluss der Versammlung hierüber bedarf einer Mehrheit von mindestens 3/4 der satzungsmäßigen Stimmen.

(3) Die Höhe der Umlage wird im Rahmen der Haushaltssatzung von der Versammlung für jeweils ein Wirtschaftsjahr festgesetzt.

(4) Die Verteilung des Umlagebedarfes wird im Verhältnis der Stimmverteilung der Verbandsmitglieder gemäß § 5 Abs. 2 ermittelt.

(5) Die Umlagen sind nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung gegenüber den Mitgliedern des Zweckverbandes durch Bescheid festzusetzen. Sie sind einen Monat nach Bekanntgabe des Umlagebescheides fällig. Ist die Haushaltssatzung zu Beginn des Wirtschaftsjahres noch nicht rechtskräftig, so kann die Umlage per vorläufigen Bescheid erhoben werden. Nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung sind die endgültigen Bescheide auszufertigen und mit den Zahlungen der vorläufigen Bescheide gegenzurechnen.

§ 14

Änderung der Verbandssatzung

Änderungen der Verbandssatzung werden von den Verbandsmitgliedern einstimmig in der Versammlung beschlossen und bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 15

Auflösung des Zweckverbandes und Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Zweckverband

(1) Über die Auflösung des Zweckverbandes entscheidet die Versammlung. Der Beschluss über die

Auflösung ist mit einer Mehrheit von mindestens 3/4 der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsmitglieder zu fassen. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die Abwicklung ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, wenn die Versammlung nicht etwas anderes beschließt.

(3) Die Verbandsmitglieder haften für alle Verbindlichkeiten des Zweckverbandes im Außenverhältnis als Gesamtschuldner.

(4) Das nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibende Verbandsvermögen wird nach Maßgabe des in § 13 Abs. 4 festgelegten Umlageschlüssels bei Auflösung des Zweckverbandes auf die Verbandsmitglieder verteilt.

(5) Für das Ausscheiden einzelner Verbandsmitglieder ist entsprechend der Auflösung § 15 Abs. 4 zu verfahren.

(6) Das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern ist nur zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres möglich. Es ist mindestens 12 Monate vorher schriftlich den Verbandsmitgliedern anzuzeigen.

§ 16

Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Öffentliche Bekanntmachungen und die in gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen „ortsüblichen Bekanntmachungen“ des Zweckverbandes erfolgen im elektronischen Amtsblatt des Landkreises Mittelsachsen unter www.landkreis-mittelsachsen.de/amtsblatt.

§ 17

Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntgabe in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Zweckverbandes vom 12. Oktober 2001, unter Berücksichtigung der Änderungssatzung vom 17. Dezember 2008, außer Kraft.

Kriebstein, den 15. August 2023

Zweckverband Kriebsteintalsperre
Oberbürgermeister Ralf Schreiber
Verbandsvorsitzender

Anlage

zur Satzung des Zweckverbandes Kriebsteintalsperre

Grundstücke im Eigentum des Zweckverbandes**Gemeindegebiet Mittweida**

Flurstücksnummer	Gemarkung	Fläche in m ²
441/15	Lauenhain	1.220 m ²

Gemeindegebiet Kriebstein

Flurstücksnummer	Gemarkung	Fläche in m ²
263	Kriebstein	523 m ²
542/1	Kriebstein	9.392 m ²
543/1	Kriebstein	322 m ²
554/4	Kriebstein	17.608 m ²
556/1	Kriebstein	2.845 m ²
556/2	Kriebstein	1.875 m ²
556/3	Kriebstein	354 m ²
557/1	Kriebstein	3.907 m ²
559/12	Kriebstein	5.998 m ²

Grundstücke im Erbbaurechtsvertrag mit dem Freistaat Sachsen

Flurstücksnummer	Gemarkung	Fläche in m ²
106/2	Ehrenberg	35.135 m ²
701	Ehrenberg	881 m ²
172	Erlebach	118.270 m ²
117	Höfchen	16.190 m ²
80/a	Kriebstein	20.390 m ²
96/5	Kriebstein	251.693 m ²
132/a	Hermisdorf	14.770 m ²
130	Falkenhain	6.930 m ²
313	Falkenhain	405.280 m ²
360	Falkenhain	85.200 m ²
79/a	Kockisch	1.640 m ²
199/2	Lauenhain	199.440 m ²
199/3	Lauenhain	203 m ²
443/2	Lauenhain	2.255 m ²
68/c	Ringethal	136.590 m ²
136	Rößgen	18.760 m ²
125/a	Tanneberg	55.760 m ²

Grundstücke im Erbbaurechtsvertrag mit der Stadt Mittweida

443/11	Lauenhain	28.247 m ²
443/12	Lauenhain	21 m ²
443/13	Lauenhain	26 m ²

Grundstücke im Pachtvertrag mit der Stadt Mittweida

443/15	Lauenhain	140 m ²
443/16	Lauenhain	5 m ²
443/17	Lauenhain	344 m ²
443/7	Lauenhain	148 m ²
443/8	Lauenhain	52 m ²
443/9	Lauenhain	77 m ²
443/10	Lauenhain	92 m ²
443/14	Lauenhain	933 m ³
443/18	Lauenhain	3 m ²
441/16	Lauenhain	185 m ²
441/23	Lauenhain	7 m ²
135/1	Rößgen	18.690 m ²
137/a	Rößgen	3.840 m ²
137/b	Rößgen	2.220 m ²

Grundstücke im Pachtvertrag mit dem Landratsamt Mittelsachsen

303/13 Teilfläche	Falkenhain	2.654 m ²
-------------------	------------	----------------------

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben Tagebau Schlösselweglager, Hammerunterwiesenthal (Marmor) – Erweiterung HBP, Böschungssanierung nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Vom 14. September 2023

Der gesamte Tagebau Schlösselweglager umfasst gemäß dem festgestellten Rahmenbetriebsplan eine Fläche für die Waldumwandlung von circa 10,5 Hektar.

Die GEOMIN Industriemineralien GmbH & Co. KG hat den 4. Hauptbetriebsplan für den Tagebau Schlösselweglager in der Fassung vom Juni 2023 beim Sächsischen Oberbergamt zur Zulassung eingereicht. Antragsgegenstand ist im Wesentlichen eine Vertiefung des Tagebaus Schlösselweglager und eine Veränderung der flächenhaften Ausdehnung im Bereich der Ecke Eisenbergstraße (Süd-West-Böschung). Die beantragte Flächenerweiterung befindet sich überwiegend innerhalb der planfestgestellten Flächen des Bergwerkes Hammerunterwiesenthal, allerdings auch mit 1 000 m² Fläche außerhalb des im Tagebaubetrieb geführten planfestgestellten Abbaus im Schlösselweglager.

Im Zulassungszeitraum des 4. Hauptbetriebsplans sollen die Böschungen im Südwesten und im Westen nachprofiliert und standsichere Böschungen hergestellt werden. In diesem Zusammenhang ist eine über die bisher genehmigte Flächen- sowie Waldinanspruchnahme von circa 1 000 m² hinaus erforderlich.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 15.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) vom 13. Juli 1990 (BGBl. I Seite 1 420), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1 581) geändert worden ist, gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Erweiterung keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder anderen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalls lagen folgende Informationen zugrunde:

- 4. Hauptbetriebsplan Tagebau Schlösselweglager vom Juni 2023
- Stellungnahme des LRA Erzgebirge, Untere Naturschutzbehörde zum 4. Hauptbetriebsplan vom 27. Juli 2023
- Stellungnahme des Staatsbetriebes Sachsenforst zum 4. HBP vom 2. August 2023, ergänzt mit E-Mail vom 12. September 2023
- RBP „Bergwerk Hammerunterwiesenthal“ 2014, VB vom 11. Dezember 2015, PFB „Bergwerk Hammerunterwiesenthal“ vom 5. Januar 2018

Zu prüfen war, ob aufgrund der geplanten Böschungssanierung in Verbindung mit einer zusätzlichen Flächen- und Waldinanspruchnahme Auswirkungen auf die Umwelt entstehen können.

Im Rahmen der geplanten Flächenerweiterung und Waldumwandlung werden keine in der UVPV-Bergbau in Verbindung mit der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgegebenen Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten.

Durch die geplanten Maßnahmen sind keine erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt (Schutzgüter Menschen, insbesondere der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie deren Wechselwirkungen untereinander) zu erwarten.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen dieses Vorhabens wirken nicht mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben zusammen. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt, die maßgeblichen Schwellenwerte werden nicht überschritten.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetz vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198) geändert worden ist, im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <http://www.oba.sachsen.de> einsehbar.

Freiberg, den 14. September 2023

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Ebersbach
Referatsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

21. September 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 